



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

16. Jahrgang, Nummer 03 / 2019

\*\*\*\*\*

### **Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,**

**in den letzten Tagen haben die BBU-Mitglieder unter Euch „echte“ Post vom BBU bekommen: Die BBU-Weihnachtspost und die Einladung zur nächsten BBU-Mitgliederversammlung am 7. März 2020 in Witten. Falls die Post wegen eines Umzuges oder sonstiger Zustellungsprobleme NICHT bei Euch angekommen sein sollte, meldet Euch bitte in der BBU-Geschäftsstelle und teilt uns ggf. eure neue Postanschrift mit.**

Bitte unterstützt die engagierte Arbeit des BBU zum Jahreswechsel mit einer Spende, damit wir 2020 weiterhin kräftig anpacken können. Jeder gespendete Euro unterstützt die wichtige Arbeit des BBU! **BBU-Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.**

Und auf dem BBU-Wunschzettel steht weiterhin der Wunsch nach neuen BBU-Mitgliedern: Initiativen, Verbände, Privatpersonen ... Sie alle finden bei Interesse hier die passenden BBU-Aufnahmeanträge:

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Und fragt bitte Freundinnen und Freunde, sowie Euch

bekannte Initiativen, ob sie nicht auch BBU-Mitglied werden möchten. Natürlich können auch Bioläden, ökologisch arbeitende Unternehmen, Jugendumweltgruppen u. a. m. dem BBU beitreten.



Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch frohe Weihnachtstage, einen guten Rutsch in das Jahr 2020 und viel Glück und Gesundheit im Neuen Jahr.

(Foto der aaa-West: Anti-Atomkraft-Demo am 26.10.2019 in Lingen. <https://atomstadt-lingen.de>).

## Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### **Nachruf: Jürgen Rochlitz**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) trauert um sein ehemaliges Vorstandsmitglied Prof. Dr. Jürgen Rochlitz. Am 19. September 2019 ist er im Alter von 82 Jahren gestorben.

Auf Vorschlag der Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" wurde Jürgen Rochlitz Anfang 2011 in den Geschäftsführenden Vorstand des BBU gewählt. Diese Funktion übte er bis 2013 aus. Zuständig war er im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit für die Bereiche Kohlekraftwerke, Carbon Capture and Storage (CCS, unterirdische Endlagerung von Kohlendioxid), Chemiepolitik und Bahnverkehr. Zudem war er Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS), die beim Bundesumweltministerium angesiedelt ist.

Zu einer Zeit, als die Umweltschutzbewegung noch relativ eng mit der Bundespartei der Grünen verknüpft war, war Jürgen Rochlitz Bundestagsabgeordneter der Grünen. Er trat aber 1999 – anlässlich des Beginns des Jugoslawienkrieges – aus Protest aus der Grünen-Partei aus.

Anlässlich seines 75. Geburtstages bezeichnete der BBU Jürgen Rochlitz „als einen unermüdlichen Umweltschützer, der sich in nachahmenswerter Weise um eine Vielzahl von Umweltproblemen kümmert.“ Er war kein „Ein-Punkt-Aktivist“, sondern kümmerte sich nahezu gleichzeitig z. B. um die vielfältigen Fragen der dringend notwendigen Energiewende, um die Verbesserung der Angebote im Bahnverkehr und um die Sicherheit von Chemieanlagen. Während sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger nur über einen kurzen Zeitraum politisch engagieren, war das bei Jürgen Rochlitz anders: Er war Jahrzehnte aktiv und auch der berufliche Ruhestand war für ihn kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Neben seinen Aktivitäten für die Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" und für den BBU engagierte sich Jürgen Rochlitz in weiteren Initiativen und Verbänden. Und bei Bedarf gründete er neue Bürgerinitiativen. Damit setzte er immer wieder Zeichen gegen die Politikverdrossenheit und für den Umweltschutz.

Das innige Mitgefühl des BBU gehört den Angehörigen sowie den Freundinnen und Freunden von Jürgen Rochlitz.

Vorstand und Geschäftsführung des BBU, 27.09.2019

### **Nachruf Ingrid Wundrak**

Ingrid Wundrak, Vorstand der Bürgerinitiative gegen den Atomreaktor Garching e.V. (Anm. der BBU-Newsletter-Redaktion: Die BI war lange im BBU organisiert), ist am 20.10.2019 im Alter von 72 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Ihr Tod macht uns sehr betroffen. Haben wir doch im Widerstand gegen Forschungsreaktor FRM II lange Jahre mit ihr zusammengearbeitet.

30 Jahre war sie die treibende Kraft im Kampf gegen den Neubau des Atomreaktors - vor allem wegen der Nutzung von hochangereichertem Uran als Brennstoff. Vieles hat sie erreicht, jedoch konnte der Neubau leider nicht verhindert werden.

Die Mütter gegen Atomkraft e.V.

Quelle und vollständiger Nachruf: <https://muettergegenatomkraft.de/aktuelle-infos/nachruf-ingrid-wundrak.html>

### **Buchtip: Der Kastor kommt! Eine Beziehungsgeschichte**

Wolfgang Ehmke hat, wie viele Bewegte und Unentwegte, eine besondere Beziehung zum „Kastor“. Sein „Held“ hetzt zwischen dem Schanzenviertel in Hamburg und dem Wendland hin und her. In seinen Träumen wirkt das Aktionsgeschehen rund um den Castortransport 2011 nach. Zugleich ist es eine tragisch-komische Liebesgeschichte, denn er verguckt sich in eine junge Künstlerin, muss aber erfahren, dass diese Dorothea ein Verhältnis mit seinem besten Kumpel hat. Unmerklich steuert Robert, der „Held“, auf eine persönliche Katastrophe zu.

Mit dem Mitteln des Nouveau Roman sind Personen, Spielorte kunstvoll miteinander verwoben. Kaum merklich hat der Autor die Akzente verschoben, es ist auch ein Abschied von der Stadt, eine Hinwendung zum Land. ISBN: 978-3-926322-72-2, (Bezugs)Quelle:

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/produkt/der-kastor-kommt-eine-beziehungsgeschichte>

### **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter

<https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen einfach eine E-Mail an den BBU senden.

## **Themenbereiche**

### **Abfallpolitik**

#### **Erörterungstermin zur Deponie Mainz-Laubenheim**

Im Dezember hat ein Erörterungstermin zur Deponie Mainz-Laubenheim stattgefunden. Die Bürgerinitiative Mainz21 Nein zur Mülldeponie in Mainz e. V ist im BBU organisiert und auch Oliver Kalusch (Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied) hat an dem Erörterungstermin teilgenommen. Presseberichte zum Verfahren unter

<https://www.mainz21.de/2019/12/12/deponie-pl%C3%A4ne-f%C3%BCr-laubenheim-klage-ist-wahrscheinlich>

<https://www.mainz21.de/2019/12/19/laubenheimer-sehen-deponie-entspannter>

Weitere Hintergrundinformationen auf der Homepage der Bürgerinitiative unter <https://www.mainz21.de>

### **Artenschutz**

#### **Bienen-Volksbegehren: Keine Mobilisierung mehr**

Die Halbierung der Pestizide, deutlich mehr Öko-Landbau und mehr Lebensräume: Baden-Württemberg hat einen ambitionierten Gesetzentwurf gegen das Arten- und Höfesterben auf den Weg gebracht. Zu diesem Ergebnis kommt der Trägerkreis des Volksbegehrens Artenschutz – „Rettet die Bienen“, zu dem 13 Verbände und Organisationen gehören. Deswegen hat der Trägerkreis einstimmig beschlossen, den von den Ministern präsentierten Gesetzentwurf für mehr Artenschutz als

Alternative zum ursprünglich gestarteten Volksbegehren zu akzeptieren. Die Mobilisierung für das Volksbegehren, die seit dem 15. Oktober ruht, wird nicht wieder aufgenommen.

Aus einer Pressemitteilung des "Volksbegehren Artenschutz - "Rettet die Bienen" in Baden-Württemberg" vom 18.12.2018 (Der BBU hat das Volksbegehren unterstützt).

Quelle und vollständiger Text: <https://volksbegehren-artenschutz.de/presse>



## Atomenergie

### **BMU: Exportstopp für Brennelemente? AtomkraftgegnerInnen fordern rasche Umsetzung**

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Emsland, der Grafschaft Bentheim und dem Münsterland sowie die Umweltverbände BBU und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW werten die Ankündigung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), Brennelement-Exporte von der Brennelementefabrik Lingen an grenznahe AKW im Ausland verbieten zu wollen, als ersten wichtigen Schritt zu einem umfassenden Exportverbot für Uran und Brennelemente. Ein Arbeitsentwurf des BMU sieht laut einer dpa-Meldung vor, dass keine Brennelemente mehr an AKWs geliefert werden sollen, die älter als 30 Jahre sind und näher als 150 km zur deutschen Grenze liegen. Damit wären Exporte an die Pannenreaktoren in Tihange, Doel, Cattenom und Fessenheim zukünftig ausgeschlossen, aber eben auch an das AKW Borssele in den Niederlanden sowie die alternden Schweizer AKW Beznau, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt.

"Endlich kommt aus dem Bundesumweltministerium ein konkreter Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes. Das ist ein erster und längst überfälliger Schritt. Nun dürfen die Groko in Berlin und die Landesregierungen in Hannover und Düsseldorf den Entwurf nicht zerreden, sondern wir fordern eine rasche Umsetzung. Dabei muss auch ein Exportverbot für angereichertes Uran aus der Urananreicherungsanlage in Gronau an diese grenznahen Reaktoren mit aufgenommen werden, damit es keine Lücken gibt. Das Ziel bleibt die Stilllegung der Brennelementefabrik Lingen sowie der Urananreicherungsanlage Gronau," erklärte Alexander Vent vom Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 05.12.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/05.12.19.pdf>

### **Abseilaktion vor Uranmüllzug bei Münster**

#### **- Uranmüllzug von Urananreicherungsanlage Gronau erneut gestoppt**

Der heutige Uranmüllzug mit 600 t abgereichertem Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) aus der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau/Westfalen Richtung Russland wurde heute (10.12.19) zwischen Münster-Häger und Münster-Kinderhaus durch eine Abseilaktion von der Brücke der A1 erneut aufgehalten. Die Polizei stoppte daraufhin den Uranzug kurz vor 12 Uhr im Bahnhof von Altenberge und ist vor Ort. Ein Kletterteam der Polizei ist um 13 Uhr eingetroffen. Um 13.20 Uhr wurde die Aktion beendet. Anti-Atomkraft-Initiativen kündigten allerdings weitere Protestaktionen gegen den Uranmülltransport nach Russland an.

Bereits beim letzten Uranmülltransport von Gronau nach Russland Mitte November stoppten AtomkraftgegnerInnen den Uranzug bei Burgsteinfurt im Münsterland mit einer Abseilaktion für mehr als sieben Stunden. Auch in Russland werden neue Proteste geplant. Rund 54 000 Menschen haben dort bereits eine Online-Petition von Greenpeace Russland gegen die Uranmüllexporte unterschrieben. Gestern unterstützte der Ko-Vorsitzende der russischen Umweltorganisation Ecodefense, Vladimir Sliviyak, die Mahnwachen in Münster und in Unna.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 10.12.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/10.12.19.pdf>

### **Jubiläumsprotest bei eisigem Wind:**

#### **25 Jahre Sonntagsspaziergänge gegen Ahauser Atommüll**

Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben am Sonntag (15.12.2019) am Atommüll-Lager in Ahaus mit einem Sonntagsspaziergang demonstriert. Bei eisigem Wind beteiligten sich gut 80 Personen besonders aus



Münster. Sie begingen ein besonderes Jubiläum: Im Dezember 1994, also vor 25 Jahren, fand erstmals am sogenannten Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) in Ahaus ein Sonntagsspaziergang statt. Seitdem gab es

immer wieder am jeweils dritten Sonntag im Monat Sonntagssproteste in Ahaus - oft direkt am Atommüll-Lager, aber auch in der Ahauser Innenstadt, z. B. direkt vor dem Rathaus oder am „Mahner“.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 16.12.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/16.12.19.pdf> . Foto: aaa-West, Ahaus 15.12.2019

### **Atomkraft ja bitte?**

EU-Klassifizierung nachhaltiger Investments: Keine Erleichterungen für Atomkraft

Im Zuge der Klimadebatte ist der Streit um die Atomkraft wieder aufgebrochen. Zum Wortführer in Deutschland aber möchte sich niemand so richtig machen. Selbst der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion Joachim Pfeiffer, der keinen Hehl daraus macht, dass er den Atomausstieg nach Fukushima

für falsch hielt, will es anderen überlassen, eine Initiative zu ergreifen. Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte er:

*„Wenn es jetzt aber darum geht, aus Klimaschutzgründen wieder in die Kernenergie einzusteigen, muss die Initiative von den Grünen und Linken ausgehen. An mir und an der Unionsfraktion wird es nicht scheitern.“*

Erst vor kurzen hatten deutsche CDU-Parlamentarier\*innen im EU-Parlament in einer Entschließung zum Weltklimagipfel gemeinsam mit der FDP und AfD-Leuten dafür gestimmt, die Atomkraft als „grünen“ Energieträger zu klassifizieren, darunter auch drei niedersächsische Unionsabgeordneten David McAllister, Jens Gieseke und Lena Düpont. Besorgt hatte der Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), Martin Donat, nachgehakt und daran erinnert, dass der Atomausstieg in Deutschland eine wichtige Bedingung dafür sei, das Jahrtausendproblem der Atommülllagerung nicht nur konfrontativ angehen zu können.

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. vom 18. Dezember 2019,

Quelle: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/12/18/atomkraft-ja-bitte-2>

## **Abschaltfest AKW Philippsburg II - So. 29.12.19**

Endlich mal eine gute Nachricht: Der letzte badische Atomreaktor geht Ende des Jahres für immer vom Netz. Das muss gefeiert werden!

Am Sonntag, den 29. Dezember um 12 Uhr mittags versammeln sich deshalb Anti-Atom-bewegte Menschen, darunter viele, die jahrzehntelang mit Mahnwachen, Aktionen und Demos für die Abschaltung gekämpft haben, vor dem AKW Philippsburg, um sich gemeinsam zu freuen – denn ohne ihr Engagement würden dieser alte Meiler (und andere) womöglich noch viele weitere Jahre laufen.

Es werden allerdings auch Leute kommen, die sich genau das wünschen: eine Verlängerung der Laufzeit und der tödlichen Gefahren für Mensch und Natur. Ein Verein ewig-gestriger Atomkraft-Befürworter\*innen hat eine Demonstration vor dem Atomkraftwerk Philippsburg angekündigt – für denselben Tag.

Um so wichtiger, dass auch Du kommst und auf der richtigen Seite mitfeierst!

Bring Deine Verwandten, Freund\*innen, Kolleg\*innen und jede Menge gute Laune mit. Lassen wir uns unsere Freude und diesen Tag nicht vermiesen von Partycrashern, die ihre Pro-Atom-Propaganda verbreiten wollen. Und zeigen wir gemeinsam Sonnen-Flagge! Auf ein rauschendes Abschalt-Fest!

Quelle und weitere Informationen: <https://neckarwestheim.antiatom.net/blog/1471-abschaltfest-akw-philippsburg-ii>

## **Fracking / Gas- und Ölbohren**

### **Prezelle: Aufsuchungserlaubnis verlängert – Anwohner sind empört**

*„Unverschämt: Wir müssen Treibhausgase vermeiden, und hier sollen klimaschädliches Gas und Öl aus der Tiefe geholt werden“ / „Denen geht es nur um Profite – die Zukunft der Erde ist schiet egal“ / „Dauernd wird beim Bohren ölverseuchtes Giftwasser freigesetzt – bei uns haben sie keine Chance. Denn: Wir stellen uns quer“*

So haben Menschen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg reagiert, als sie von der Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis zur Suche nach Erdöl und Erdgas für das Feld Prezelle erfahren haben. Ende des Jahres wäre diese Erlaubnis ausgelaufen, wann und auf welcher rechtlichen Grundlage eine Verlängerung erteilt wurde, ist bislang öffentlich nicht ersichtlich. „Das soll wohl in Zeiten der Klimabewegung unter dem Deckel gehalten werden“, so Dieter Metk, Sprecher der Arbeitsgruppe Erdöl-Erdgas-Fracking der Bürgerinitiative.

Nun werden für Anfang des Jahres Veranstaltungen vorbereitet, um Bevölkerung und Betroffene erneut über die Auswirkungen dieser Eingriffe in Natur und Umwelt zu informieren – auch in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Saubere Umwelt & Energie Altmark. Im Nachbarlandkreis Salzwedel/Sachsen-Anhalt wurde rund um den Arendsee, der „Perle der Altmark“, ein 172 Quadratkilometer großes Gebiet, direkt südlich an das Erlaubnisfeld Prezelle angrenzend, für die Erkundung freigegeben.

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

18. Dezember 2019. Vollständiger Text unter

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/12/18/prezelle-aufsuchungserlaubnis-verlaengert-anwohner-sind-empoert>

## **Fridays For Future (FFF)**

### **Ein Jahr FFF**

Am 14. Dezember 2018 – also heute vor genau einem Jahr, während in Katowice der vorletzte Tag der UN-Klimakonferenz anbrach, haben wir zum ersten Mal in mehreren deutschen Städten gleichzeitig gestreikt. Aus jungen Menschen, die unter dem Motto „Fridays for Future“ streikten, wurde auf einmal *Fridays for Future*. Es war der Moment, in dem aus einem losen Zusammenschluss junger Menschen aus Orten und Städten, über das ganze Land verstreut, langsam eine Bewegung zu entstehen begann. Es war der Moment, in dem eine einzigartige, außergewöhnliche Geschichte begann. Eine Geschichte voller Hoffnung, und doch auch voller Sorgen.

Quelle / vollständiger Text: <https://fridaysforfuture.de/we-are-the-change>

Der BBU hat wiederholt zur Teilnahme an den Aktionen von FFF aufgerufen. <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202019/28.11.19.pdf1>  
Weitere Infos über FFF sowie aktuelle Aktionstermine unter <https://fridaysforfuture.de/streiktermine>

## Gemeinnützigkeit sichern

### **Neues von Attac, VVN-BdA und DemoZ**

Mit Spannung warten wir auf den 26. Februar 2020: An diesem Tag wird im Hessischen Finanzgericht erneut über den Fall Attac verhandelt. Nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs (BFH) vom Anfang diesen Jahres ist der Fall nicht erledigt, wie manche glauben. Der BFH hat nur (fatale) Leitlinien vorgegeben und das endgültige Urteil über die Gemeinnützigkeit von Attac zurück ans Hessische Finanzgericht verwiesen. Bis dahin bleibt Attac weiter in einem Schwebestadium. Weder ist die Gemeinnützigkeit amtlich bestätigt, noch ist rechtskräftig festgestellt, dass die Arbeit von Attac nicht gemeinnützig im Sinne des Gesetzes wäre. Eine riesige Welle der Solidarität erlebt derzeit die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA). Nachdem dem Verein vom Berliner Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, haben mehr als 1.000 Menschen einen Mitgliedsantrag gestellt.

Quelle und vollständiger Text: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/neues-von-attac-vvn-bda-und-demoz/#more-3082>  
Weitere Informationen: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>

## Gentechnik

### **Brief-Aktion an das EPA**

Am 1. Oktober 2019 endete die Frist für das Einreichen von Stellungnahmen an das Europäische Patentamt (EPA) gegen Patente auf Pflanzen und Tieren aus konventioneller Züchtung. An einer Sammelaktion haben sich rund 25.000 Einzelpersonen und 50 Organisationen beteiligt.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/pressemitteilungen/oktober-2019/brief-aktion-das-epa>

## Gewässerschutz

### **BBU: Falsches Spiel mit dem Grundwasser in Niedersachsen**

Als durchsichtiges Manöver kritisiert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) einen Antrag von SPD und CDU im niedersächsischen Landtag, der angeblich dem Schutz des Grundwassers vor den Risiken der Erdgasförderung dienen soll. Tatsächlich, so der Umweltverband, will sich die Regierungskoalition damit von eigenen Maßnahmen hierzu weitgehend verabschieden, und die Verantwortung dem Bund zuschieben. Der BBU fordert SPD und CDU auf, den Antrag zurückzunehmen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 01.12.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202019/01.12.19.pdf>

## Internationale Solidarität

### **Uranmülltransport aus Gronau führt zu Protesten in St. Petersburg: Polizei-Aktion gegen russischen Greenpeace-Experten**

Die für jetzt Freitag (20.12.) in St. Petersburg erwartete Ankunft des Frachtschiffes Mikhail Dudin mit 600 t abgereichertem Uranmüll aus Gronau/Westfalen hat gestern (17.12.) im Stadtzentrum von St. Petersburg zu neuen Protesten mit gelben Anti-Atom-Tonnen geführt. Danach kam es zu einer Polizei-Aktion gegen den renommierten Energieexperten von Greenpeace Russland, Rashid Alimov. Alimov wurde in den Abendstunden vor seiner Wohnung von Polizisten abgeführt und zu einer Polizeistation gebracht. Dort wurde ihm in Zusammenhang mit der Protestaktion "Landbesetzung" vorgeworfen, was in Russland mit einer hohen Geldstrafe geahndet werden kann. Danach durfte Alimov wieder nach Hause gehen. Bereits vor drei Wochen hatte die Polizei in der geschlossenen Atomstadt Novouralsk bei Ekaterinburg mehrere Umweltschützer vorgeladen, weil sie gegen die Ankunft des deutschen Uranmülls protestiert hatten. Der Gronauer Uranmüll soll an der Uranfabrik von Novouralsk auf unbestimmte Zeit unter freiem Himmel eingelagert werden.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 18.12.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202019/18.12.19.pdf>

## Tongerfahren

### **Beiträge in Umwelt Medizin Gesellschaft [www.forum-medizin.de](http://www.forum-medizin.de), 01.11.2019**

Lesen Sie im neuen Heft Umwelt Medizin Gesellschaft Ausgabe 4/2019 zwei Fachartikel von nano-Control.



Ralf Ketelhut (Dipl. Ing. Umwelttechnik), Mitglied unseres Stiftungsrats hat sich in der Stellungnahme zu den Ausführungen von Prof. Tunga Salthammer aus dem UMG Heft 1/2019 ausführlich mit der Berechnung der eingeatmeten Mengen von Emissionen aus Laserdruckern in einem durchschnittlichen Büroraum auseinandergesetzt. Die Zahlen müssen dringend zu Präventionsmaßnahmen führen, denn nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Stoffe zwingen zum Schutz der Menschen in Räumen mit Laserdruckern und Kopierern. Zum Thema Feinstaub ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass es Grenzwerte für die Außenluft gibt und für den Innenraum gibt es überhaupt keinen Schutz. Wir verbringen 80-90 % unserer Zeit im Innenraum. Gemessen wurden bis zu 1.000 µg/m<sup>3</sup> in unseren Büros (Dr. Moriske, Umweltbundesamt 2006)! Wieso passiert da nichts?

Herausgegeben wird das Heft von der Forum Medizin Verlagsgesellschaft mbH in Oldenburg.

Quelle: <https://www.nano-control.org/beitraege-in-umwelt-medizin-gesellschaftwww-forum-medizin-de-01-11-2019>

## UVP-Recht

### **Bauvorhaben werden zu wenig auf Umweltschutz kontrolliert**

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung einen lesenswerten Artikel – der leider nicht überrascht ... <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-bauvorhaben-werden-zu-wenig-auf-umweltschutz-kontrolliert-1.4696710>

## Verkehrspolitik

### **Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn Berlin!**

In einer gemeinsamen Pressekonferenz wiesen das Netzwerk Bahn für Alle und Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) heute auf die Gefahren der Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn-Berlin durch die geplante Ausschreibung hin. Die Organisationen kündigen Widerstand gegen das Vorhaben an. Dr. Bernhard Knierim von Bahn für Alle verwies auf zahlreiche Probleme bei Betriebsübernahmen im Schienenpersonennahverkehr innerhalb des letzten Jahres – so in Baden-Württemberg, bei der S-Bahn Rhein-Ruhr, im Dieselnetz Sachsen-Anhalt und bei der insolvent gegangenen Städtebahn Sachsen.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) und BfA vom 21.11.19. Quelle und vollständiger Text: <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/pressemitteilungen/2019/keine-privatisierung-und-zerschlagung-der-s-bahn-berlin.php>  
Der BBU ist eine Mitgliedsorganisation des Bündnis Bahn für Alle. <http://www.bahn-fuer-alle.de>



### **Neue mobilogisch erschienen**

Die Winter-Ausgabe unserer Zeitschrift „mobilogisch!“ ist erschienen. Folgende Themen haben wir für Sie vorbereitet: Denkmalschutz und Gehen in der Stadt: Barrierefreiheit darf nicht ausgeschlossen werden! - In einer Untersuchung wird die Frage beantwortet: Weshalb und wie autofrei leben – und was braucht es dafür? - In einem streitbaren Beitrag wird die Qualität der Mobilitätshebungen unter dem Motto „Das Elend der Empirie“ angezweifelt. - Die Gebührenordnungen für die Nutzung öffentlichen Straßenraums bei privaten Bauvorhaben lädt die Bauherren zur langen Nutzung der Gehwege ein. - Minister Scheuer will die StVO reformieren – FUSS sagt, wo der Schuh drückt. - Ein Speed-Index wurde für alle deutsche Kommunen entwickelt: Wir zeigen Ihnen wie und wo die Regeln stimmen. Hier geht es zur [\\_Heftübersicht](http://www.mobilogisch.de/aktuell.html)

Aus einer Mail der BBU-Mitgliedsorganisationen FUSS e. V. und UMKEHR e. V. vom 11.12.2019 an den BBU. Weitere Informationen: <https://www.fuss-ev.de>, <https://www.umkehr.de>

## **Termine (Auswahl)**

**18.01.2020: Berlin, Demonstration „Wir haben Agrarindustrie satt!“, <https://www.wir-haben-es-satt.de>**

**29.02.2020: Bundesweite Atommüllkonferenz, Göttingen, <http://www.atommuellkonferenz.de>**

**07.03.2020: BBU-Mitgliederversammlung**

**11.03.2010: 9. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe**

**Weitere Terminhinweise auf der BBU-Terminseite: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>**

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 03 / 2019, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 05.01.2020. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de) abbestellen.